

Pressemitteilung

Gemeinsam gegen Antisemitismus:

Kooperationsverbund gegen Antisemitismus mit neuem Internetauftritt

Sechs jüdische und nicht-jüdische Organisationen arbeiten als Kooperationsverbund gegen Antisemitismus zusammen / Stärkung der gesellschaftlichen Strukturen im Kampf gegen Antisemitismus durch Bildung, Unterstützung, Forschung und die Erfassung von antisemitischen Vorfällen / Verbunds-Website präsentiert Angebote

Berlin, 21. Oktober 2025.

Der Kooperationsverbund gegen Antisemitismus (KOVA) hat heute seine neue Internetseite veröffentlicht. Unter www.kooperationsverbund-gegen-antisemitismus.de sind aktuelle Angebote der sechs beteiligten jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen gebündelt auffindbar: Die Angebote umfassen antisemitismuskritische Bildung, Unterstützung von Betroffenen und Fachkräften, Begegnungsformate sowie die Forschung und die Erfassung von antisemitischen Vorfällen. Ein inhaltlicher Fokus liegt auf den Bedarfen von Fachkräften im Bereich Gedenkstätten, Hochschule, Schule, Justiz und Verwaltung sowie von Personen, die von Antisemitismus betroffen sind.

Die Organisationen im Verbund sind das Anne Frank Zentrum, die Bildungsstätte Anne Frank, der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS), das Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS) in Trägerschaft der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA) sowie der Zentralrat der Juden in Deutschland. Der Kooperationsverbund wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und hat im Januar 2025 seine Zusammenarbeit begonnen.

Zielsetzung des Kooperationsverbunds ist es, Angebote im Bereich Bildung, Forschung, Erfassung und Analyse sowie die Begegnungsarbeit und den Fachaustausch im Themen- und Praxisfeld Antisemitismus weiterzuentwickeln und bestehende Strukturen zu stärken.

Verbundsorganisationen:

Anne Frank Zentrum e. V.

Bildungsstätte Anne Frank e. V.

Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS)

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KlgA e. V.

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus
Bundesverband RIAS e. V.

Zentralrat der Juden in Deutschland
K. d. ö. R.

Koordination:

Anne Frank Zentrum e. V.
Rosenthaler Str. 39

10178 Berlin

Tel. +49 (0)30 288 86 56-00

Fax +49 (0)30 288 86 56-01

kontakt@kooperationsverbund-gegen-antisemitismus.de

www.kooperationsverbund-gegen-antisemitismus.de

Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregister-Nr. 14667 B

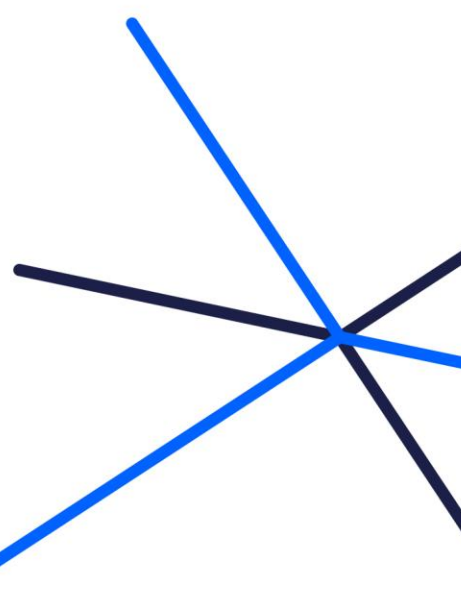
Der Zusammenschluss als Kooperationsverbund und der Start des Internet-auftritts erfolgen in einer Zeit, in der antisemitische Vorfälle in Deutschland drastisch zugenommen haben. Der Bundesverband RIAS dokumentierte 2024 insgesamt 8.627 Vorfälle. Das ist ein Anstieg von 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Veronika Nahm, Direktorin des Anne Frank Zentrums, das die Koordination des Verbunds innehat, sagt: „Antisemitismus ist eine Gefahr für unsere Demokratie und eine konkrete Gefahr für Jüdinnen*Juden. Deshalb ist es entscheidend, dass wir gemeinsam handeln und ein starkes Zeichen setzen. Die Partner*innen des Kooperationsverbunds entwickeln Angebote der Bildung und Beratung für unterschiedliche Zielgruppen, u. a. Fachkräfte aus den Bereichen Gedenkstätte, Hochschule, Schule und Verwaltung. Damit stärken wir das Engagement gegen Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Bereichen.“

Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Karin Prien erklärt: „Der Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat weltweit, aber gerade auch in Deutschland zu einem deutlichen Anstieg antisemitischer Vorfälle geführt. Umso wichtiger ist die Bekämpfung von Antisemitismus – sowohl auf sicherheitspolitischer Ebene als auch durch Prävention und Bildung. Denn klar ist: Antisemitismus ist leider kein Randproblem. Der Einsatz gegen Desinformation, Anfeindung, Hass und Hetze ist heute wichtiger denn je. Mit seinen vielfältigen Bildungs- und Präventionsangeboten setzt der Kooperationsverbund ein starkes Zeichen für Solidarität und Verantwortung.“

Sachsen-Anhalts Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz Franziska Weidinger hebt hervor: „Die Justiz trägt im Kampf gegen Antisemitismus eine besondere gesellschaftliche Verantwortung - antisemitische Straftaten müssen konsequent verfolgt werden. Die Justiz Sachsen-Anhalt hat die Aus- und Fortbildung für alle Bediensteten intensiviert – insbesondere mit Inhouse-Schulungen in Staatsanwaltschaften, Gerichten und im Justizvollzug. Neben den eigenen Aktivitäten der Justiz sind zusätzliche Angebote aus der Zivilgesellschaft ein wichtiger Baustein auch im Aus- und Fortbildungskonzept der Justiz Sachsen-Anhalt. Ich begrüße, dass das Anne Frank Zentrum im Kooperationsverbund ergänzende Bildungsangebote für die Justiz plant.“

Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Professor Dr. Walter Rosenthal betont: „Wir müssen Antisemitismus, wo und in welcher Form er auch auftritt, entschieden entgegentreten. Antisemitismuskritische Bildung ist dafür zentral. Die HRK trägt mit dem Aufbau des ‚Kompetenznetzwerks



Antisemitismusprävention an Hochschulen' engagiert dazu bei und profitiert von der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem Kooperationsverbund gegen Antisemitismus. Das vielfältige, betroffenenorientierte Bildungsangebot von KOVA unterstützt die Hochschulen darin, antisemitische Einstellungen und Stereotype zu erkennen, dafür zu sensibilisieren und wirksam dagegen vorzugehen.“

Pressekontakt:

Anne Frank Zentrum e. V.
als Koordinierungsstelle des Kooperationsverbunds gegen Antisemitismus
Rosenthaler Straße 39, 10178 Berlin

Tihana Migić (Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)
Tel.: +49 (030) 288 86 56-47

Dina Blauhorn (Leitung Kommunikation)
Tel.: +49 (030) 288 86 56-41

E-Mail: presse@kooperationsverbund-gegen-antisemitismus.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

